

DL21

#leftlessons

#leftlessons Staffel 2, Nr.5 – Nachbereitung

Was kann Europa für Abrüstung und Rüstungskontrolle tun?

mit Prof. Dr. Götz Neuneck

Findet Rüstungskontrolle auf europäischer Ebene überhaupt noch statt oder ist da nur noch Aufrüstung? Kann man mit den in den letzten vier Jahrzehnten entwickelten Instrumenten noch etwas für den Frieden erreichen?

Schwerpunkt des Vortrages ist die nukleare Bedrohung mit den Kapiteln – ausführlich in der verlinkten [Powerpoint-Präsentation](#):

- I. Die nukleare Bedrohung und die neue Weltordnung
- II. Klassische Rüstungskontrolle und Abrüstung
- III. Der Beitrag Deutschlands und Europas – Was kann man tun?

I. Die strukturellen Einflussgrößen der gegenwärtigen Weltordnung

Der Machtwettbewerb zwischen den USA, Russland und China führt derzeit zu einer Erosion internationaler Institutionen. Dabei werden, zuletzt vorrangig von US-amerikanischer Seite sichergeglaubte Vertragssysteme demontiert (ABM, INF, VKSE, Open Skies, New Start etc.). Die Folge ist eine Rückkehr des Wettrüstens – nicht nur in USA und Russland, sondern auch in EU. Nach Daten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI beliefen sich 2019 die Militärbudgets weltweit auf 1.917 Mrd. Dollar. Zusätzlich birgt ein erstarkter populistischer Nationalismus Schwierigkeiten für die Demokratie(n) und stabile außenpolitische Beziehungen, während zugleich neue technologische Entwicklungen (Autonomie, KI) die Gefahren der Aufrüstung vergrößern. Schwelende ungelöste Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, in Asien und dem Kaukasus sind als dauerhafte Brandherde in dieser Situation besonders explosiv. In der öffentlichen Debatte dominieren aber mit dem Klimawandel und Covid-19 andere Themen.



DL21

#leftlessons

Hoffnung

Der jüngst in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag ist mehr als nur ein Signal zur Stigmatisierung und schrittweisen Überwindung jeglicher nuklearen Rüstung. Die Biden-Administration verspricht mehr Gewicht auf „human security“ statt auf militärische Abschreckung in der Außen- und Sicherheitspolitik zu legen. Außerdem wird sie den „New Start“-Vertrag mit Russland verlängern.

Es ist außerdem im globalen Diskurs schon lange und bis in die Spitzen der US-Regierung vorgedrungen, dass nukleare Kriegführung keine realistische Möglichkeit ist. J.F. Kennedy wusste: „Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind lebt unter einem nuklearen Damoklesschwert, das an einem seidenen Faden hängt, der jederzeit zerschnitten werden kann, durch Zufall, Fehlkalkulation oder Wahnsinn“ (Vor der VN-Generalversammlung 25.9.1961). Selbst Ronald Reagan äußerte in seinen Memoiren: „Nuklearwaffen sind total irrational, total unmenschlich, für nichts gut außer zum Töten und möglicherweise zerstörerisch für das Leben auf der Erde und der Zivilisation“. Obama aktualisierte diese Einsicht 2012: „So long as nuclear weapons exist, we are not truly safe“. Das zeigt: Erkenntnis ist möglich.

Trotzdem muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Abrüstungserfolge stagnieren und rückläufig sind. Die nuklearen „Elefanten im Raum“ sind die USA und Russland, sie verfügen über 90 % aller Nuklearwaffen. Erst dann folgen, mit wesentlich geringeren Arsenalen, Frankreich, China, UK, Pakistan, Indien, Israel und die Demokratische Volksrepublik Korea (Folie 4).

Was ist aus dieser Lage zu folgern?

Die Nukleartechnologie ist die einzige Technologie, die den Planeten in kurzer Zeit unbewohnbar machen kann. Das führt dazu, dass Nukleare Abschreckung ein Paradox bildet. Sollte sie versagen, sind die Folgen katastrophal und planetar. Sie schließt zugleich einen Atomkrieg „aus Versehen“ (Fehlkalkulation, Unfall) oder aus Absicht nicht aus. Sie soll mittlerweile auch vom Gebrauch von konventionellen und B- oder C-Waffen abschrecken und verliert damit jegliche, auch nur vorgebliche, Verhältnismäßigkeit. Bei fortschreitender Verbreitung von Technologie heizt die nukleare Rüstung regionale Konflikte, besonders im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien, zusätzlich an.

Problematisch in diesem Zusammenhang ist die sogenannte „Modernisierung“ der nuklearen Potentiale, besonders in den USA und Russland. Es handelt sich eigentlich um eine

DL21

#leftlessons

Aufrüstung mit der Tendenz zur Kriegführung. Es geht nicht mal vorgeblich mehr um Abschreckung, sondern um den „taktischen“ Einsatz von Atomwaffen. Dabei übersteigt die Zerstörungswirkung dieser „taktischen“ Waffen diejenige der historischen Atombombenabwürfe teilweise um ein Vielfaches; sie sind dafür konzipiert, in direkten militärischen Auseinandersetzungen zwischen großen Armeen zum Einsatz zu kommen.

II. Klassische Rüstungskontrolle und Abrüstung

Folie 8 bietet eine Übersicht über die bestehenden, teilweise ausgehölten Rüstungskontrollverträge im nuklearen Bereich.

Besonders hervorzuheben ist der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1970. Darin heißt es in Art. 5: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“ Dieser Maßstab wird permanent verletzt, und es ist eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Politik, dieses Programm wieder aufzunehmen bzw. sich diese Zielsetzung überhaupt wieder zu eigen zu machen.

In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung des neuen Atomwaffenverbotsvertrags (AVV), den jetzt 52 Staaten ratifiziert haben und der ein völkerrechtlicher Vertrag im Rahmen der VN ist, nicht zu unterschätzen: Er verbietet und ächtet jegliche Beteiligung an nuklearer Waffenentwicklung, Rüstung, Testung und Einsatz von Atomwaffen vollständig und stigmatisiert den Besitz solcher Waffen erstmals.

Anders als in der offiziellen deutschen Politik gerne behauptet wird, schließen sich NVV und AVV nicht aus, sondern sind komplementär zu begreifen und zu entwickeln, was eine eindrucksvolle Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags vom Januar 2021 belegt und ausführt.ⁱ Außerdem lehnt die Mehrheit der Staatenwelt und die Mehrheit der Bevölkerungen in Atomwaffen-Staaten Nuklearwaffen ab.

Der AVV hat mächtige Gegner. Das sind die neun Atomkräfte bzw. die NATO-Staaten plus Japan, Südkorea und Australien. Diese Staaten verfügen über 79% des globalen BIP und haben also enorme ökonomische Macht. Jedoch zeigt die Kampagne für den AVV, dass sich über den moralischen Druck hinaus, Druck z.B. durch Kapitalabzug aus Unternehmen und Banken, die an der waffenfähigen Nukleartechnologie mitverdienen, wirksam erzeugen lässt.



DL21

#leftlessons

III. Beitrag Deutschlands und der EU: Was kann man tun? (Folien 13, 14)

Zu intensivieren ist eine öffentliche Diskussion in den NATO-Staaten über ihre und die europäische Nuklearstrategie, über deren Eskalationsrisiken und die Bedeutung der Stationierung neuer Atomwaffen und Trägersysteme auf europäischem Boden. Diplomatisch sollte auf eine Erklärung der fünf ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates hingewirkt werden, dass „ein Atomkrieg niemals gewonnen werden kann und daher nicht geführt werden darf“ als Einstieg in eine neue Etappe globaler nuklearer Abrüstungsverhandlungen. Ein Verbot neuer nuklear bestückter Trägersysteme ist anzustreben. Ebenso bedarf es eines Verbots von Waffeneinsatz im Weltraum. Für alles muss ein sensibles Verifikationssystem entwickelt werden.

Die Rolle Deutschlands könnte darin bestehen, für die ernst gemeinte Erneuerung der bestehenden Vertragssysteme zu werben, ein Moratorium für die Stationierung von Mittelstreckensystemen und mindestens das Einfrieren der Zahl der vorhandenen Sprengköpfe auf europäischem Territorium durchzusetzen. Es hat auch eine besondere Rolle für einen konstruktiven Dialog mit Russland zur strategischen Stabilität und für eine Wiederbelebung des Iran-Abkommens. Anzustreben wäre, die USA und Russland wieder in den Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur (Wiener Dokument, Open Skies Vertrag etc.) einzubeziehen. Insbesondere sollte die Bundesregierung ihre grundsätzliche Ablehnung gegenüber dem AVV aufgeben und den Beitritt ernsthaft in Betracht ziehen.

Für einen Strategie- und Haltungswchsel in der Politik

Das 2%-Ziel ist eine abstrakte rüstungspolitische Norm; Es handelt sich dabei nicht um eine sicherheits- oder gar friedenspolitische Strategie. Wenn nur in Kategorien der Verteidigung gedacht wird, wird unendlich gerüstet: Die derzeitigen deutschen Verteidigungspolitiker*innen und die Militärführung scheinen nur so denken zu wollen, was eine äußere Bedrohung, insbesondere durch Russland, immer unterstellt. Rüstungskontrolle kommt da nicht mehr vor.

Russische Militärs und Politik sehen die Bedrohungslage aus nachvollziehbaren Gründen anders. Sie haben legitime Bedrohungseinschätzungen aufgrund des Vorrückens der NATO. Allerdings gehen sie mittlerweile auch davon aus, das könnte nur durch eigene Aufrüstung ausgeglichen werden. Daran hat die deutsche und europäische Politik einen Anteil.

Das 2%-Ziel führt also zu Expansion des militärischen Sektors; man muss aber wieder auf die Begrenzung von Rüstung zurückkommen. Das sollte z.B. durch eine Wiederbelebung des

DL21

#leftlessons

„Wiener Dokuments“ zur Einhegung von Übungen geschehen. Sowa ist eine Verhandlungsfrage. Es wäre nicht zuletzt von deutscher Seite einzufordern und zu vermitteln, dass die NATO und Russland jeweils auf provozierende Aktionen verzichten. Man sollte diskutieren: Was ist denn wirklich stabil? Was kann nicht als Kriegsvorbereitung missinterpretiert werden?

Derzeit ist das politische und militärische Personal nicht Willens und auch nicht vorbereitet dafür.

Wieder zu lernen ist, „Gemeinsame Sicherheit“ richtig zu verstehen.

Dass Willy Brandt, Egon Bahr und auch die US-Administration dies einst begriffen, hat dazu geführt, dass man die Mittelstreckenraketen abgeschafft hat und eine extreme konventionelle Überrüstung auch auf Seiten des Warschauer Pakts zurückgeführt hat und zu gleichen Obergrenzen kam. Heute ist die NATO Russland numerisch generell überlegen, aber in bestimmten Regionen (Baltikum, Schwarzes Meer) ist das andersherum. Also muss man versuchen, besonders in den konflikträchtigen Regionen Militäraktivitäten zu begrenzen, das Aufwuchspotenzial beschränken und das Risikopotential minimieren.

Dafür muss Außen- und Sicherheitspolitik auch wieder stärker von weltanschaulichen Zielen und moralischen Vorstellungen, die die Innenpolitik betreffen, abgelöst werden. Beispiel: Brandt und Bahr sind – trotz massiver öffentlicher Kritik – 1968 mit Moskau in Vertragsverhandlungen geblieben und haben diese zum Abschluss gebracht, obgleich die Sowjetunion militärisch gegen den „Prager Frühling“ vorging. Man weiß heute, dass sie im Hintergrund auch immer ihre menschenrechtlichen Forderungen thematisiert haben, aber nie in der Öffentlichkeit. Und der Focus war – nach dem Leitsatz, dass Frieden nicht alles sei, aber ohne Frieden alles nichts – die Gemeinsame Sicherheit, die Abrüstung und die Lösung der deutschen Frage. Und sie hatten damit Erfolg.

Heute setzt man leider auch im Westen lieber auf „technische“ Antworten auf tatsächliche oder vermeintliche militärische Bedrohungen. Diese schaffen aber nur eine Illusion von Sicherheit, derzeit mit einem Raketenabwehrsystem der NATO, das bis Osteuropa vorgerückt wird, von dem eigentlich jeder wissen kann, dass das Abfangen von Raketen gar nicht möglich ist. Es schafft ausschließlich Provokationspotential gegenüber Russland.

Die Geschichte zeigt auch, dass man die Sicherheitspolitik nicht den USA überlassen muss.



DL21

#leftlessons

Brandt und Bahr haben mit eigenständiger, proeuropäischer Initiative ein Netz aus Verträgen geschaffen (Moskauer Vertrag, Warschauer Vertrag). Das waren die Vorbedingungen für weitgehende Nuklear-Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der SU, wobei Gorbatschow natürlich ein sehr guter Gesprächspartner war. Mit Putin ist das vielleicht schwieriger, aber man hat es auch nicht ernsthaft versucht: In der KSZE hat man die innenpolitische Frage von der Abrüstungsfrage abgekoppelt. Wenn man jetzt ständig sagt, dass man mit Russland nicht verhandeln könne, weil es keine Demokratie sei, führt das zu der Konsequenz, dass nur noch – selbstdefiniert – demokratische Staaten Abrüstungsverhandlungen führen. Wenn die Bundesregierung glaubt, dass ihre politischen Maßnahmen der Opposition in Russland nutzen, kann sie das so machen, darf sich aber nicht wundern, wenn die russische Regierung dadurch nicht gesprächsbereiter wird.

Bezüglich der USA ist die Herausforderung, die Infragestellung der hochgelobten US-amerikanischen Demokratie zu überwinden. Dabei sind die negativen Tendenzen in der amerikanischen Geschichte nicht neu, sondern jetzt nur besonders stark ausgeprägt. Das zeigt schon, dass Außen- und Innenpolitik durchaus zusammenhängen. Man stelle sich vor, dass die beiden größten Nuklearmächte instabile Systeme werden. Das ist aber kein Argument für mehr innenpolitische Einmischung, sondern für wesentlich konsequentere Bemühungen um nukleare Abrüstung. Man sollte so realistisch sein, sich einzugestehen, dass der innenpolitische Einfluss auf Russland und die USA begrenzt und begrenzter ist, als der außen- und sicherheitspolitische, den man aus der BRD und der EU geltend machen kann. Wir brauchen einen rationalen Diskurs zwischen diesen Staaten und die BRD kann auch wieder Vermittler sein.

Das Verhältnis von Politik und Friedensforschung

Es wäre wünschenswert, wenn die deutschen Friedensinstitute mit ihren Analysen und Vorschlägen im jährlichen Friedensgutachten in der Politik mehr Gehör finden würden. Dabei ist klar, dass normative Forderungen allein nicht reichen. Man muss auch über die Instrumente zur Umsetzung dieser Forderungen verfügen. Deshalb sollten alle Parteien, die den Begriff „Frieden“ im Programm führen, einen verstärkten Dialog mit der Friedensforschung suchen. Leider wird Friedensforschung aktuell nach der Anzahl der Publikationen und Drittmittel-Einwerbungen bewertet und nicht nach der Richtigkeit ihrer Erkenntnisse. Das ist nicht allein ein Finanzierungsproblem. Es wäre anzustreben, eine eigenständige deutsche und europäische Strategie für die Kernfragen der Rüstungskontrolle, der Friedenspolitik in Richtung China, der Vermeidung einer Konflikteskalation zwischen China und den USA und



DL21

#leftlessons

eine eigene Rollenbestimmung im Indopazifik und besonders in der Russlandpolitik zu entwickeln. Dies dürfte und müsste durchaus kontrovers zu anderen NATO-Staaten geschehen. Abrüstung benötigt gute Vorbereitung. Die gegenwärtigen Probleme werden zudem komplexer, weil sie Fragen der Ökonomie, Politik, des Klimas, des Sozialen und der Technikentwicklung betreffen und es rasante Veränderungen gibt. Warum also nicht ein Gesprächskreis von Politikern und Friedensforschern im Auswärtigen Amt unter Beteiligung des BMVg einrichten, warum nicht ständige Arbeitsgruppen, die so was ausarbeiten?

Die Frage nach Frieden, Abrüstung und Rüstungskontrolle wird derzeit in der vorherrschenden Politik unterschätzt. Sie ist ein Lackmustest dafür, wohin sich Staaten und Regionen überhaupt entwickeln (können). Das gilt nicht zuletzt für Syrien, Afghanistan und die Ukraine.

Wenn diese Erkenntnisse reifen, dann geben wir vielleicht nicht mehr Unmengen von Geld aus für Militär und vernachlässigen nicht mehr die Rüstungskontrollkomponente. In Bezug auf die EU ist gerade dies zum Beispiel massiv zu hinterfragen: Warum plant man FCAS und ähnliche Programme (s. [Vorbereitung](#) zu dieser LeftLesson, anstatt der Einhegung der Aufrüstung und eine systematische Rüstungskontrolle? Wo sind vor dem Hintergrund, dass die EU gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik machen will, ihre Vorschläge für Rüstungskontrolle und Abrüstungspolitik? Dazu gibt es bisher auf EU-Ebene keine Debatte. Das ist zu ändern!

Findet Rüstungskontrolle auf europäischer Ebene überhaupt noch statt oder ist da nur noch Aufrüstung? Zweitens: Kann man mit den in den letzten vier Jahrzehnten entwickelten Instrumenten noch etwas für den Frieden erreichen?

ⁱ <https://www.bundestag.de/resource/blob/814856/28b27e2d04faabd4a4bc0bfd0579658c/WD-2-111-20-pdf-data.pdf>